



Bild: HPR Land Berlin, Michael Laube

Quo vadis Schule?!

Nun haben wir also **das** Wundermittel gegen den Lehrkräftemangel - Berlin verbeamtet wieder! Man wird sehen, ob jetzt die vollausgebildeten Lehrkräfte von den Bäumen fallen. Zweifel sind angebracht.

Auch alle anderen Bundesländer verbeamteten ihre Lehrkräfte, damit stellt die Wiedereinführung der Verbeamtung in Berlin nicht mehr dar, als den Wegfall eines Standortnachteils. In ganz Deutschland fehlen sie trotzdem und das sagt sehr viel über den Stellenwert von Bildung in Deutschland aus. Darauf zu setzen, dass sich nun bundesweit Lehrerinnen und Lehrer auf den Weg nach Berlin machen, ist angesichts unseres Wohnungsmangels und der Umstände an den Berliner Schulen erstaunlich.

Da Berlin in diesem Jahr den Vorsitz der Kultusministerkonferenz innehat, werden wir gespannt beobachten, wie innovativ sich der/die Senator/in einbringen wird. Und vielleicht auch mal ehrlich und in die Zukunft gerichtet einen Plan mitentwickelt, der z.B. endlich die Problematik der ausreichenden Ausbildung an Universitäten anpackt.

Impressum:

Hauptpersonalrat

für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin

Klosterstr. 47
10179 Berlin - Mitte

Telefon: (030) 9020-2226
hpr@hpr.berlin.de
www.hpr.berlin.de

V.i.S.d.P.: Daniela Ortmann,
Vorsitzende



Denn Lehrkräfte müssen zunächst ein Studium absolvieren, dazu braucht es bundesweit ausfinanzierte Studienplätze an den Hochschulen in angemessener Anzahl, ausreichend Dozentinnen und Dozenten, danach ausreichend Referendariatsplätze an den Schulen mit einer guten Begleitung. Kleiner Tipp am Rande: Wenn ein Kind in Deutschland auf die Welt kommt, braucht es sechs Jahre später einen Schulplatz. Arbeitshypothese: an seinem Geburtsort. Weitere Arbeitshypothese: vier, spätestens sechs Jahre danach braucht es einen Platz an einer Oberschule. Plus Unsicherheitszuschlag für Kinder aus Zuwanderungsfamilien; hier sollte die durchschnittliche Zuwanderung (aus welchen Gründen auch immer) der letzten Jahre seit 2015 zugrunde gelegt werden.

Schluss zudem mit dem Verkleistern der Realität durch Buchhaltertricks: Weiteres pädagogisches Personal ist vonnöten. Richten wir unseren Blick wieder auf Berlin:

Die Möglichkeit, Lehrkräftestunden für andere Professionen (z.B. Psychologen, Sprachlernassistent*innen, pädagogische Unterrichtshilfen) umzuwandeln, ist in doppelter Hinsicht unsauber. Zum einen werden dadurch die vorher berechneten Bedarfe an Unterrichtsstunden (die ja den Kindern und Jugendlichen zustehen, damit sie umfassend gebildet Berliner Schulen verlassen) vermindert und das wahre Ausmaß des Lehrkräftemangels verschleiert, zum anderen sendet diese Praxis ein Signal der Geringschätzung an genau all die Professionen, die wir auch dringend an den Schulen benötigen. Sie sind doch keine „Notanker“! Sozialarbeitende sollten an jeder Schule vorhanden sein, ebenso wie ausreichend Psychologinnen und Sozialpädagoginnen, aber nicht auf Kosten von Lehrkräftestunden!

Dazu kommt der Anspruch, eine inklusive Bildung zu ermöglichen, die aber leider immer wieder dem Rotstift zum Opfer fällt. Die Leidtragenden sind zuallererst die Kinder, die ein Anrecht auf Inklusion haben. Was wird hier für ein Signal gesendet?

Die ergänzende Förderung und Betreuung am Nachmittag ringt um Personal, ebenso brauchen wir mehr Menschen für die Schulverwaltungsarbeit. Aber statt Anreize für alle diese Tätigkeiten zu schaffen, werden bei jeder Einstellung durch die Bildungsverwaltung die Anerkennung von Berufs- oder Studienabschlüssen und bereits vorhandener Berufserfahrungen bei der Eingruppierung /Stufenzuordnung restriktiv vorgenommen. Hier kommen wir wieder zum allseits bekannten Behördenpingpong: Die Bildungsverwaltung wähnt sich in Anweisungslagen der Finanzverwaltung, diese weist die Verantwortung zurück, schreibt aber restriktive „Empfehlungen“ in ihre Arbeitshinweise...



Und so ganz nebenbei wird jetzt auch die Schule digitalisiert. Dabei schafft man erst die Geräte an und sorgt dann hinterher für die rechtlichen Zusammenhänge. In diesem Prozess wurde die notwendige intensive Kommunikation mit dem pädagogischen Personal im Sinne eines „Change-Managements“ nicht mitbedacht; auch diese muss durch Personal durchgeführt werden. Entsprechende Personalansätze fehlten aber, aus unserer Sicht fehlen sie bis heute.

Soll sich an Schulen etwas verbessern, muss man sich erst einmal umfassend ehrlich machen und sagen, wo wir wirklich stehen. Aus dem Dunstkreis der KMK liest man so erstaunliche Ideen wie das (weitere) Vergrößern der Klassen oder das parallele Unterrichten von zwei Klassen, eine vor Ort, eine digital. Auch soll Teilzeit unterbunden werden. Teilzeit, die nicht selten überhaupt gewählt wird, um den Druck an Schulen auszuhalten und der immer weiter ausufernden Bürokratie für Lehrkräfte zeitlich irgendwie nachkommen zu können. Da sollte man mal ansetzen, davon ist aber nichts zu hören.

Könnt ihr also so machen, KMK. Die Folge wird sein, dass sich noch weniger Menschen für den an sich so schönen Beruf der Lehrerin / des Lehrers begeistern. Und noch mehr Personal die Schulen verlässt.

Zum Ehrlichsein gehört, dass es in dieser desolaten Lage überhaupt keine schnellen Lösungen gibt und schon gar keine einfachen. Wird aber nicht an den Anfang des Prozesses eine ehrliche vollständige Bestandsaufnahme gestellt und unter Einbeziehung der Beschäftigten, Gewerkschaften und Beschäftigtenvertretungen realistische und umsetzbare Lösungen entwickelt, wird sich auch in zehn Jahren noch nichts verbessert haben.

Daniela Ortman

Vorsitzende des Hauptpersonalrates

Susanne Stecher

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Francisca Bier

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Andreas Hellwig

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Nele Bark

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Enrico Strencioch

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates



Christian Hanisch

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Angela Rümmler

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Stephan Krimmling

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates

Rolf Herrmann

Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates